

Medienmitteilung

22.04.2021

Reform «Kaufleute 2022» muss verschoben werden!

Die Baselbieter Regierung macht sich für die Verschiebung des Reformprojekts «Kaufleute 2022» stark. Dies hat Bildungsdirektorin Monica Gschwind heute in Beantwortung einer dringlichen Interpellation im Landrat klargemacht. Der Arbeitgeberverband Basel und die Handelskammer beider Basel begrüßen diese Absicht und schliessen sich der Forderung nach Verschiebung auf das Schuljahr 2023/2024 an.

Per Schuljahr 2022/2023 plant das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) eine Totalrevision der KV- und Detailhandelsberufe, welche für die Schulen und die gesamte Berufsbildung einschneidende Änderungen zur Folge hat. Der Arbeitgeberverband Basel und die Handelskammer beider Basel begrüßen das Reformprojekt «Kaufleute 2022» grundsätzlich. Es macht den Weg frei, die kaufmännische Grundbildung künftig so zu gestalten, dass diese den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts gerecht wird, spannend und herausfordernd für die Lernenden bleibt und künftige Fachkräfte auf die zunehmend digitalisierte Arbeitswelt vorbereitet werden.

Aus Sicht der Wirtschaft ist jedoch der Zeithorizont für eine erfolgreiche Einführung zu eng gesteckt. Knapp ein Jahr zwischen Vernehmlassung und Umsetzung reicht kaum für eine Reform einer Ausbildungsrichtung, die für die ausbildenden Firmen von solch grosser Wichtigkeit ist. Eine kurzfristige Einführung stellt auch die Berufsfachschulen vor erhebliche Herausforderungen, da mit der vorliegenden Reform eine umfassende Neugestaltung des Unterrichts einhergeht. Hinzu kommt aus regionaler Sicht, dass die vier Nordwestschweizer Kantone ihre Budgetprozesse bereits abgeschlossen haben, sodass zusätzliche Ausgaben im Zusammenhang mit der Reform (beispielsweise für die Schulung der Lehrpersonen an den Berufsschulen) nicht mehr einkalkuliert werden können.

Die Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind hat heute in Beantwortung einer dringlichen Interpellation der FDP im Landrat klargemacht, dass sich die Kantonsregierung beim Bund für eine Verschiebung der Reform «Kaufleute 2022» einsetzen wird.

Eine derart rasche Einführung einer solch umfassenden Reform beurteilte die Bildungsdirektorin als sehr heikel. Sie sieht die die Revision für den Kanton Basel-Landschaft als bildungspolitisch hoch relevant an, weil diese die grösste Gruppe von Lernenden betrifft und damit auch die grösste Gruppe von Lehrbetrieben betrifft. Eine entsprechend gute Vorbereitung aller Betroffenen sei deshalb entscheidend.

Der Arbeitgeberverband Basel und die Handelskammer beider Basel begrüssen dieses Engagement von Regierungsrätin Gschwind. Sie fordern ebenfalls, dass der Einführungszeitpunkt der Reform auf das Schuljahr 2023/2024 verschoben wird, damit eine negative Auswirkung auf die schulische Ausbildung vermieden werden kann. Sie haben dies auch in einem Schreiben von Nordwestschweizer Wirtschaftsverbänden an das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation kundgetan.